

September 2024 | Nachrichten des Bundes der Steuerzahler in Schleswig-Holstein

Neue Finanzministerin in Kiel

Silke Schneider löst Monika Heinold ab

Seit dem 1. August 2024 haben die Schleswig-Holsteiner eine neue Finanzministerin. Dr. Silke Schneider (Bild) wurde als Nachfolgerin von Monika Heinold in das Amt eingeführt. Auf sie warten große Herausforderungen.

Silke Schneider (Grüne) ist promovierte Juristin. Bereits von 2014 bis 2020 konnte sie Regierungserfahrung in Kiel sammeln, zunächst als Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, danach als Staatssekretärin im Finanzministerium, das sie jetzt leitet. Als Juristin war sie Richterin an verschiedenen Gerichten in Schleswig-Holstein. 2020 wurde sie Präsidentin des Landgerichts Lübeck, seit 2021 war sie außerdem Mitglied des Landesverfassungsgerichts.

Silke Schneider ist Nachfolgerin von Monika Heinold (Grüne), die zwölf Jahre Finanzministerin in Schleswig-Holstein war. Sie ist auf eigenen Wunsch zurückgetreten und hinterlässt die Landesfinanzen in einer äußerst angespannten Situation. Im Landeshaushalt 2025 sind Kürzungen von über 2 Milliarden Euro gegenüber 2024 notwendig, um die Ausgaben an die Einnahmen anzupassen.

Entgegen der üblichen Praxis, noch vor der Sommerpause einen Haushaltsentwurf vorzulegen, gibt es bislang nur einen Eckwertebeschluss des Kabinetts. Danach sollen die Ausgaben 2025 um rund 1,6 Milliarden Euro oder 8,7 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr gekürzt werden. Weiterhin sind sogenannte „globale Minderausgaben“ in Höhe von 570 Millionen Euro vorgesehen. Mit diesem Begriff werden Kürzungen beschrieben, die in den einzelnen Ressorts noch konkret benannt werden müssen. Die Haushaltslücke gegenüber dem laufenden Jahr beträgt also fast 2,2 Milliarden Euro.

Viele Politiker im Land liebäugeln deshalb mit der Aufnahme von neuen Notkrediten, für die es aber an einer verfassungsfesten Begründung fehlt. Hier liegt schon das nächste Problem der neuen Finanzministerin: Die Fraktionen von SPD und FDP haben gegen den laufenden Haushalt 2024 eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht in Schleswig eingereicht. Sie bezweifeln den verfassungsgemäßen Umgang mit den Notkrediten im laufenden Jahr. Grundlage dafür ist ein entsprechendes Rechtsgutachten, das die Fraktion im Vorfeld in Auftrag gegeben hatten.

Auch der Bund der Steuerzahler hält den Umfang und den Zweck der aufgenommenen Notkredite für verfassungswidrig. Sollte das Landesverfassungsgericht, eben jenes Gericht, dem Silke Schneider bis Juli noch selbst angehört hat, zu dem gleichen Ergebnis kommen, werden zwar die Ausgaben in 2024 nicht rückgängig gemacht



werden können, aber die Messlatte für die Aufnahme neuer Notkredite wird deutlich höher liegen.

Ein weiteres Problem, mit dem sich Silke Schneider dringend beschäftigen muss, ist die Finanzierung des Universitätsklinikums (UKSH). Dieses macht jährliche Defizite von mehr als 100 Millionen Euro, für die das Land haftet. Bislang nimmt die Klinik eigene Kredite auf, der Kreditrahmen ist gerade erst auf rund 2,3 Milliarden Euro aufgestockt worden (wir berichteten in der letzten Ausgabe des Nord-Kurier ausführlich). Doch die Zinsbelastung für diese Kredite führt zu neuerlichen Defiziten beim UKSH. Jetzt ist herausgekommen, dass das UKSH im Durchschnitt etwa 0,5 Prozentpunkte höhere Zinsen auf die Kredite zahlen muss als dieses bei einer direkten Landesverschuldung der Fall wäre. Daher gebietet es die Vernunft, die Schulden direkt in den Landeshaushalt zu übernehmen. Gleichzeitig müsste es aber erhebliche Strukturveränderungen beim UKSH geben, um die Defizit- und Schuldenspirale zu stoppen.

Es sind also große Aufgaben, vor denen Silke Schneider steht. Leider fehlt es in der Regierung und in den Regierungsfractionen an einer klaren finanzpolitischen Leitlinie. Auch Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) bleibt bei der Haushaltspolitik schwammig. Dabei müsste jetzt der neuen Finanzministerin der Rücken gestärkt werden, um klare Prioritäten zu setzen und sich von politischen Wohlfühl-Projekten zu trennen. Wir haben Silke Schneider unsere Unterstützung zugesagt, um die finanzpolitische Vernunft in Schleswig-Holstein wieder zur Geltung zu bringen.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de



Bevor die alte Brücke über den Mühlenbach abgerissen werden konnte, musste verhindert werden, dass Vögel im Baufeld nisten. Die Vergrämnungsmaßnahmen mit Flatterbandstreifen sind in den 350.000 Euro Baukosten enthalten.

Foto: Stadt Schleswig

So teuer wie ein Einfamilienhaus

Warum eine kleine Fußgängerbrücke in Schleswig 350.000 Euro kostet

Die Stadt Schleswig hat kein Geld. Darum sind viele wichtige Vorhaben auf Eis gelegt. Umso mehr wunderten sich die Schleswiger darüber, dass für die Erneuerung einer kleinen Fußgängerbrücke jetzt 350.000 Euro ausgegeben wurden. Für eine Brücke, die vermutlich viele Schleswiger noch nicht einmal kennen.

Die Brücke liegt im hinteren Bereich des Polierteichs und führt einen kleinen Fußweg über den Mühlenbach. Damit kommt man in die Parkanlage der Helios-Klinik. Für Fußgänger sicherlich eine gute Abkürzung, außerdem erlaubt die Wegeführung einen Rundkurs für Spaziergänger. In 150 Metern Entfernung gibt es eine weitere Überquerungsmöglichkeit des Mühlenbachs. Dieser Durchlass liegt aber auf dem Gelände der Helios-Klinik und gehört deswegen nicht zum Zuständigkeitsbereich der Stadt. Die Brücke ist auch nicht groß und alles andere als beeindruckend. Bei einer Länge von vier Metern und einer Breite von etwa 2,7 Metern überbrückt sie den Mühlenbach in etwa 1,3 Meter Höhe. An beiden Seiten gibt es ein Geländer aus Metall und der Weg ist aus wassergebundenem Kies. Genutzt wird sie von Fußgängern und Fahrradfahrern. Bei Bedarf können auch schmale Bauhoffahrzeuge die Brücke überqueren.

Das Vorgängerbauwerk sah ganz ähnlich aus und stammte aus dem Jahr 1975. Bei der letzten Brückenüberprüfung wurde es gleich aus mehreren Gründen als mangelhaft beurteilt. Es gab schadhafte Risse, lose Steine und die Tragfähigkeit war gefährdet. Auch die Brückengeländer entsprachen nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Eine Sanierung zur Aufrechterhaltung des Bauwerks wurde als unwirtschaftlich eingestuft. Und so entschied man sich in Schleswig für den Neubau.

Doch die neue Brücke wurde teuer: Insgesamt 350.000 Euro musste die Stadt für den Neubau hinblättern! Wir haben uns die einzelnen Kostenbestandteile vom Bauamt der Stadt Schleswig erläutern lassen. Interessant ist, dass das eigentliche Bauwerk mit etwa 103.000 Euro weniger als ein Drittel der Gesamtkosten aus-

macht. Größter Kostenpunkt ist die Herstellung der notwendigen Baugrube. Um das Stahlrohr, das die Überführung trägt, einbauen zu können, musste eine trockene Baugrube geschaffen werden. Der Mühlenbach wurde umgeleitet und das Grundwasser abgesenkt. Alleine für diese Maßnahmen wurden rund 90.000 Euro aufgewendet. Zweitgrößter Einzelposten ist die Baustelleneinrichtung. Hierzu gehört zum Beispiel das Herstellen einer Baustraße, der Bauzaun, der Schutz umliegender Bäume und die Verkehrssicherung einschließlich Beschilderung. Hierfür wurden etwa 65.000 Euro veranschlagt. 44.000 Euro haben die beratenden Ingenieure an Honorar bekommen. Hinzu kommen zahlreiche Einzelpositionen wie Vermessung, Vergrämnungsmaßnahmen für Vögel, der Abbruch des Bestandsbauwerks, Straßenbeleuchtung und das Roden von Wurzelstöcken.

Ende Juli waren die Baumaßnahmen abgeschlossen und die Brücke wurde für die Fußgänger freigegeben. Die gute Nachricht: Die geplanten Baukosten konnten eingehalten werden. Und auch der Terminplan wurde nur geringfügig überschritten: Gegenüber den ursprünglich geplanten vier Monaten verzögerte sich die Ausführung um etwa drei Wochen. Grund waren starke Niederschläge, die die Baugrube immer wieder volllaufen ließen.

Die wichtigste Frage für die Steuerzahler: Gibt es nicht wichtigere Maßnahmen in Schleswig, für die die 350.000 Euro hätten eingesetzt werden können? Hier verweist die Stadtverwaltung berechtigterweise auf die Ratsversammlung. Die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker haben sich nach intensiver Diskussion für die Brückenerneuerung in dieser Form ausgesprochen.

Wir können nur hoffen, dass die erneuerte Wegeverbindung jetzt auch wirklich intensiv genutzt wird und das neue Bauwerk deutlich länger hält als sein Vorgänger.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Alibi-Veranstaltung

Ein Bürgerforum für 330.000 Euro kann die Politik nicht ersetzen

330.000 Euro stehen im Landeshaushalt 2024 bereit für das „Bürgerforum Klima Schleswig-Holstein“. 49 zufällig ausgewählte Bürger diskutierten und gaben am 1. Juli Empfehlungen ab an die Politik. Doch entschieden oder gar umgesetzt wird damit nichts. Größter Kostenfaktor ist ein externer Dienstleister, der das Bürgerforum für das Umweltministerium organisierte.

Schleswig-Holstein hat sich zum Ziel gesetzt, das erste klimaneutrale Industrieland Deutschlands zu werden. Doch die Umsetzung ist schwierig. Die Interessen von Klimaschützern und Betroffenen gehen weit auseinander. Das musste das Umweltministerium gerade erst beim Dialogverfahren zu einem geplanten Nationalpark Ostsee erleben. Letztlich konnten sich hier die Betroffenen mit ihren Protesten gegen härtere Auflagen durchsetzen.

Da ist es einfacher, nach dem Motto „lass uns mal darüber reden“ mit Menschen zu diskutieren, die nicht selbst von den Maßnahmen betroffen sind. Und so bereitete das Ministerium das „Bürgerforum Klima Schleswig-Holstein“ vor. Ein externer Dienstleister wählte in einem ersten Schritt 3.000 zufällige Adressen aus den Melderegistern der Gemeinden aus. Diese wurden angeschrieben und nach ihrer Beteiligungsbereitschaft gefragt. Anschließend wurden aus den Rückmeldungen „unter Berücksichtigung soziodemografischer Kriterien“ die 49 Teilnehmer ausgewählt.

Die Zusammensetzung soll repräsentativ für die Bevölkerung Schleswig-Holstein sein, behaupten die Organisatoren. Kritische Beobachter sind da skeptischer: Wer

meldet sich freiwillig für die Mitarbeit in einem solchen Diskussionsforum? Vermutlich vor allem Personen, die Zeit haben und sich für diese Themen interessieren. Gegner von schärferen Maßnahmen und Beschränkungen haben sich jedenfalls nicht erkennbar zu Wort gemeldet.

Außerdem muss es eine Diskussionsgrundlage geben, um überhaupt zu Vorschlägen zu kommen, über die dann beraten werden kann. Hierfür hat das Umweltministerium bekannte Lobbyisten und Experten von Verbänden und Organisationen eingeladen, ihre Forderungen und Empfehlungen vorzustellen.

Nach einer Auftaktveranstaltung am 3. Mai 2024 im Landeshaus gab es wöchentliche online-Sitzungen. In einer Abschlusskonferenz wurden dann 26 Empfehlungen an die Politik beschlossen. Die Vorschläge sind nicht wirklich neu und stammen aus den bekannten Forderungskatalogen der einschlägigen Interessenverbände: Dass beispielsweise die Kommunen besser und früher über ihre Wärmeplanung informieren sollen, dass Photovoltaikanlagen besser gefördert werden sollen und dass der ÖPNV attraktiver werden soll, ist als Forderung seit Jahren bekannt.

Die vom Forum beschlossenen Empfehlungen wurden am 1. Juli 2024 der Landesregierung übergeben. Was diese damit macht, bleibt offen. Denn ein Bürgerforum kann natürlich die demokratischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse nicht ersetzen. Dafür ist es aber reichlich teuer: Im Landeshaushalt 2024 stehen 330.000 Euro zur Verfügung. Der größte Teil geht an

einen externen Dienstleister, der die Auswahl der Teilnehmer, die Moderation und die Gestaltung der Abschlusspräsentation erarbeitet hat. Ein weiterer Kostenfaktor war die Aufwandsentschädigung von 200 Euro für jeden Teilnehmer.

Unser Fazit: Hier wurde mit viel Steuergeld eine Alibiveranstaltung organisiert, die den Klimaschutz in Schleswig-Holstein nicht voranbringt, sondern nur bekannte Meinungen sammelt. Setzte man die 330.000 Euro für die Wiedervernässung von Mooren ein, ließen sich damit fast 5.000 Tonnen CO₂ einsparen.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de



Ministerpräsident Günther und Umweltminister Goldschmidt nehmen die Empfehlungen des Bürgerforums Klima Schleswig-Holstein entgegen.

Foto: Staatskanzlei Schleswig-Holstein

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.000, 53. Jahrgang, 9/2024

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, Mail: info@linemedia.de

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Blick durch das Land

Die Fußball-Saison hat wieder angefangen. Zum ersten Mal mit einem Verein aus Schleswig-Holstein in der 1. Liga. Trainer und Kommentatoren sprechen neuerdings gern von der „Balance“, die im Spiel stimmen müsse. Gemeint ist damit ein abgestimmtes Verhalten von Angriff und Verteidigung. Wer zu ungestüm angreift, läuft Gefahr, sich Gegentore durch Konter einzufangen. Auf der anderen Seite kann man ein Spiel nicht gewinnen, wenn man nur verteidigt.

Die richtige Balance zu finden, wäre auch ein wichtiges Ziel für unsere Politiker. Denn derzeit ist einfach viel zu viel im Ungleichgewicht. Das beginnt beim richtigen Verhältnis zwischen Sozialausgaben und Leistungsbereitschaft. Wer sich nicht selber helfen kann, den muss die Gesellschaft unterstützen. Aber wer selbst etwas zu seinem Lebensunterhalt beitragen kann, der muss dieses auch einbringen. Früher nannte man dieses Prinzip übrigens „fordern und fördern“. Begriffe, die leider politisch in Vergessenheit geraten sind. Und deshalb stimmt die Balance nicht mehr.

Verloren gegangen ist auch die richtige Balance zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Dass wir mehr gegen den Klimawandel und für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen tun müssen, haben wir alle verstanden. Aber das dafür notwendige



Geld muss auch erarbeitet werden. Dafür brauchen wir Infrastruktur und gesetzliche Regelungen, die es Unternehmern ermöglichen, erfolgreich zu wirtschaften. Denn nur von Umweltgutachtern und Rangern kann eine Gesellschaft nicht leben.

Auch in der Migrationspolitik sind wir von der richtigen Balance weit entfernt. Wir brauchen die Zuwanderung von qualifizierten und arbeitswilligen Menschen. Auf der anderen Seite sind die Aufnahmekapazitäten für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen können, nun einmal begrenzt. Doch politisch erschweren wir immer noch den Fachkräften die Arbeitsaufnahme in Deutschland, während wir anderen Migranten die Türen weit öffnen.

Balance ist auch wichtig für die öffentlichen Finanzen. Ausgaben und Einnahmen müssen ausgeglichen werden. Dabei dürfen weder diejenigen überfordert werden, die heute durch ihre Arbeit die Wertschöpfung erbringen, noch dürfen wir künftige Generationen mit Schulden belasten, die ihnen eine eigene Problemlösung unmöglich machen.

Die Sportler haben erkannt, dass es für den Erfolg auf die richtige Balance ankommt. Hoffen wir, dass das Holstein Kiel gelingt. Aber auch unsere Landespolitik muss endlich die richtige Balance finden. Nur wenn deutlich nachgesteuert wird, kann Schleswig-Holstein erfolgreich in die Zukunft geführt werden.

BdSt intern

Einladung zu Vortrag und Diskussion

Die diesjährige Delegiertenversammlung des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein wird stattfinden am

Dienstag, 17. September 2024, in Kiel.

Die Delegierten der Kreis- und Bezirksverbände haben bereits eine Einladung erhalten. Sie entscheiden über die wichtigen Fragen unserer Verbandsarbeit und wählen die Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat.

Im Anschluss wollen wir uns **um 18 Uhr** im öffentlichen Teil mit den wichtigen Zukunftsaufgaben der Digitalisierung beschäftigen. Wir freuen uns, Herrn Dr. Johann Bizer, Vorstandsvorsitzender der Dataport aus Altenholz, mit einem Vortrag begrüßen zu dürfen über das Thema „Digitalisierung der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein – Stand und Herausforderungen“. Reiner Holz-nagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, wird das Thema ergänzen aus Sicht der Steuerzahler. Die Steuerzahler sind die Nutzer der digitalen Angebote, müssen diese aber auch aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Bislang wurde es allzu oft teuer, ohne besser zu werden. Im Anschluss werden die Referenten mit den Besuchern diskutieren.

Alle Mitglieder und Interessierte sind sehr herzlich zu der Veranstaltung eingeladen. Eine vorherige Anmeldung ist aber erforderlich.

Weitere Informationen erhalten Sie bei unserer Landesgeschäftsstelle in Kiel, die auch Ihre Anmeldung entgegennimmt:

**Bund der Steuerzahler
Schleswig-Holstein
Lornsenstraße 48
24105 Kiel
Tel. 0431 / 99 01 65-0
veranstaltungen-sh@steuerzahler-sh.de**



Wolfgang Funck verstorben

Bereits am 18. Mai 2024 ist unser langjähriges Mitglied Wolfgang Funck aus Neumünster verstorben. Als Steuerberater ist er bereits im Juni 1975 unserem Verband beigetreten. Seit 2017 engagierte er sich aktiv in unserem Bezirksbeirat Neumünster/Segeberg, in den er viele wichtige Anregungen und fundierte Einschätzungen einbringen konnte. Darüber hinaus war Wolfgang Funck auf Landesebene als Kassenprüfer im Interesse der Mitglieder tätig. Mit Wolfgang Funck verlieren wir ein engagiertes Mitglied, das sich persönlich in unsere Verbandsarbeit eingebracht hat. Sein Auftreten war immer zurückhaltend und leise. Seine Position und die klare zielgerichtete Argumentation in der Diskussion dafür umso treffender. Mit seiner angenehmen persönlichen Art war Wolfgang Funck ein gerngesehener und hochgeachteter Gesprächspartner für Vorstand, Verwaltungsrat und Geschäftsstelle. Wir haben ihm viel zu verdanken und werden ihn in bester Erinnerung behalten.